



Foto: dpa

## Countdown für Europas Einheit

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands Angela Merkel hat die Menschen in der Europäischen Union aufgefordert, die zehn neuen Mitgliedstaaten als „Bereicherung“ zu betrachten.

In einer Grundsatzrede auf einer Veranstaltung der

Konrad-Adenauer-Stiftung warnte Angela Merkel vor einer „Samariter-Perspektive.“ Diese habe schon im Vollzug der deutschen Einheit vieles erschwert. Angela Merkel machte deutlich, dass der 3. Oktober als Tag der deutschen Einheit und der 1. Mai 2004 ▶

### INHALT

[www.cdu.de](http://www.cdu.de):  
Internetseiten neu  
gestaltet  
Seite 5–6

Laurenz Meyer:  
Ausbildungsplatzabgabe –  
Ideologie statt  
Problemlösung  
Seite 7

## HEUTE AKTUELL

■ Europawahl im Internet (Seite 2) ■ Armin Laschet Menschenrechte in Türkei nicht gewährleistet (Seite 4) ■ Ausbildungsplatzabgabe Zoff in der SPD (Seite 8) ■ Gerlinde Kaupa: Was tun gegen Alcopops? (Seite 10) ■ Helmut Heiderich: Kennzeichnung schafft mehr Klarheit (Seite 11) ■ Beschäftigungsreserven besser nutzen (Seite 12) ■ Andreas Storm: Riesenlöcher in der Rentenkasse (Seite 13) ■ Peter Hintze: Deutsche Europapolitik gelähmt (Seite 13-14) ■ Michael Stübgen, Michael Kretschmer: EU-Erweiterung aktiv gestalten (Seite 14-15) ■ Peter Götz: Hartz IV – schlimmste Befürchtungen übertroffen (Seite 15-16) ■ Peter Paziorek: EU bestätigt Dosenpfand – Bedenken der Union (Seite 16) ■ Michael Fuchs: Hat Clement im Kabinett nichts mehr zu sagen? (Seite 16-17)

## Europawahl im Internet

**Neben dem neu gestalteten Internet-Auftritt der CDU (ausführlicher Bericht auf Seite 5-6) sind die Sonderseiten zur Europawahl ein wichtiger Baustein im Rahmen des Europawahlkampfes 2004.**

Auf umfangreichen Sonderseiten bietet die CDU eine aktuelle Berichterstattung zu europapolitischen Ereignissen und Themen. Neben dem Europa-Manifest bietet die CDU hier auch eine Übersicht über alle Kandidaten und Hintergrund-

informationen wie z.B. Bestimmungen zum Wahlrecht an. Das Angebot wird in den folgenden Wochen um eine Kampagnen-Seite ergänzt, die alle Wahlkampf-Aktivitäten der CDU darstellt. In einem umfangreichen Download-Bereich werden TV- und Kino-Spots, Plakatmotive und Informationsmaterialien angeboten.

→ [http://www.cdu.de/europa\\_2004/index.htm](http://www.cdu.de/europa_2004/index.htm)

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernmannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33, Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



als äußeres Zeichen der Wiedervereinigung Europas zusammengehörten. „Die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind für uns zwei Seiten derselben Medaille“, bekräftigte die Partei- und Fraktionsvorsitzende.

### Dynamische Wirtschaftsregion

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands machte deutlich, dass sie das Bestreben der Bundesregierung, in der EU-Kommission den Posten eines Vizepräsidenten für Industrie- und Wettbewerbspolitik zu schaffen und diesen Posten mit einem Deutschen zu besetzen, ausdrücklich begrüße. Die große Chance der Europäischen Union sei ihre Wirtschaftskraft, sagte Merkel in einer Grundsatzrede auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dies müsse durch die Zuordnung der EU-Kommissare deutlicher werden. Merkel forderte, Deutschland müsse in der nächsten Amtsperiode der Kommission stärker als bisher treibende Kraft in der Industriepolitik sein. Wenn die EU, wie auf dem Gipfel von Lissabon erklärt, bis 2010 zur dynamischsten Wirt-

schaftsregion der Welt werden wollte, dann müsse sie sich stärker auf die „Essentials“ konzentrieren.

Zur Diskussion um einen EU-Beitritt der Türkei verwies die Partei- und Fraktionsvorsitzende auf zwei Bedingungen, die vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu klären seien: Zum einen müsse das Land die Kopenhagener Kriterien „voll erfüllen“, zum anderen dürfe die Integrationsfähigkeit der EU durch ein neues Mitglied nicht gefährdet werden. Anstatt der Türkei jedoch die „Tür vor der Nase zuzuschlagen“, erneuerte Angela Merkel das Angebot einer privilegierten Partnerschaft. Dabei machte sie deutlich, dass der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union nicht deshalb abgelehnt werde, damit Europa ein „Christenclub“ bleibe, wie manchmal behauptet wird. Es gehe vielmehr um die „Integrationskraft“ der



Angela Merkel im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel

Foto: Henning Lüdgers

Europäischen Union.

### EU-Verfassung

Den geplanten europäischen Verfassungsvertrag bezeichnete die CDU-Vorsitzende als „Wegmarke“ für Europa. Auch wenn es in vielen Fällen nur zu Kompromisslösungen gereicht habe, bedeute der Verfassungsentwurf dennoch einen Fortschritt für die EU. Konkret kritisierte Angela Merkel das Fehlen der Euro-Stabilitätskriterien und des Gottes-Bezugs im Vertrag. Hier hoffe sie jetzt auf Nachbesserungen in den Schlussverhandlungen.

# Türkei: Menschenrechte nicht gewährleistet

Anlässlich der Veröffentlichung des Beschlusses „Türkei: Reformen nur auf dem Papier? Minderheiten und Religionsfreiheit“ des CDU-Bundesfachausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte erklärte der Ausschuss-vorsitzende Armin Laschet MdEP:

Eine genaue Analyse der Menschen- und Minderheitenrechte in der Türkei zeigt, dass die Situation trotz aller Fortschritte noch immer unbefriedigend ist. Deshalb ist das Land noch nicht reif für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union.

Die EU hat die so genannten Kopenhagener Kriterien formuliert, die erfüllt sein müssen, um der Union bei-



Armin Laschet

treten zu können. Das erste Kriterium fordert „die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“. Doch in der Türkei ist vor allem die größte Minderheit, die Kurden noch weit davon entfernt, gleichberechtigt behandelt zu werden. In der Praxis sind zudem alle Religionsgemeinschaften, die nicht

sunnitisch-islamisch sind, weiterhin erheblichen Einschränkungen und Benachteiligungen unterworfen.

Vor diesem Hintergrund ist nicht abzusehen, dass es der Türkei gelingen könnte, bis zum Herbst 2004 die weitestgehende Erfüllung des „politischen Kriteriums“ – maßgeblich im Hinblick auf eine Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember 2004 über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen – zu schaffen. Selbst wenn bis dahin alle noch einzufordernden rechtlichen Voraussetzungen erfüllbar sein sollten, wäre der Nachweis der praktischen Umsetzung der entsprechenden gesetzlichen Regelungen – von gleichermaßen großer Bedeutung – nicht möglich.

## CDU/CSU-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT BEGRÜSST TÜRKIE-HALTUNG DER UMP

Als wichtiges Signal für eine realistischere Betrachtungsweise des türkischen EU-Beitrittsgesuchs hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer, die Entscheidung der französischen Schwesterpartei UMP bezeichnet, sich nun ebenfalls dem Alternativkonzept einer privi-

legierten Partnerschaft anzuschließen und sich damit gegen eine türkische EU-Vollmitgliedschaft auszusprechen. Nassauer forderte, daß der Rat Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nur nach vorheriger Zustimmung des Europäischen Parlaments aufnehmen sollte. Zwar verlangten die EU-Verträge lediglich

die Zustimmung des Parlaments nach erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen zur Ratifizierung des Beitrittsvertrages. Der Rat begeben sich aber in eine politische Sackgasse, wenn der Verhandlungsprozeß mit der Türkei nicht auch vom Europäischen Parlament politisch getragen werde.



www.cdu.de

# Internetseiten neu gestaltet

Christlich Demokratische Union Deutschlands

22.04.2004 17:56 **Home** Themen Partei Kontakt | Sitemap

Suche  **Ge** **Europapolitik**

Newsletter

Presse-Center

Service-Bereich

Forum / Interaktiv

**CDUNet**  
Das interne Mitgliedernetz der CDU  
Ihr Nachname   
Ihre Mitgliedsnummer

**Offen sein für die Erfahrungswelt der neuen EU-Mitglieder**

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel hat die Menschen in der Europäischen Union aufgefordert, die zehn neuen Mitgliedstaaten als "Bereicherung" zu betrachten. Die "Samariter-Perspektive" habe schon im Vollzug der deutschen Einheit vieles erschwert, sagte Merkel am Mittwoch auf dem "Europa-Tag" der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
"Ich freue mich über die Erweiterung, ohne die Probleme zu unterschätzen"

**Ticker**

**EU kappt Anreiz zum Tabakanbau**

**Konsumenten rutschen tiefer in die Schuldenfalle**

**Erstes litauisches EU-Baby bekommt "Windel-Prämie"**

**Stimmung der Wirtschaft in Hessen am besten**

**Europawahl**

Internet

Mit einem symbolischen Klick hat Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden den neuen Internetauftritt der CDU Deutschlands für die Öffentlichkeit freigeschaltet.

Bei der Vorstellung der neuen Seite zeigten sich die Pressevertreter überrascht. Erwartet hatte man lediglich ein neues Design. Während bisher der Relaunch von politischen Internetseiten – bei allen Parteien – häufig allein nach Design-Gesichtspunkten konzipiert und entschieden wurde, ist das Online-

Team der Bundesgeschäftsstelle mit seinen Partnern einen anderen Weg gegangen. In einer Online-Umfrage wurden im Sommer 2003 Nutzer von www.cdu.de zu ihrer Meinung über die Seite befragt. 1.300 Besucherinnen und Besucher beteiligten sich an der Umfrage und lieferten wichtige Anregungen. Dabei benannten die Nutzer in erster Linie die aktuellen Informationen zu verschiedenen politischen Themen als Stärke des Auftritts, forderten aber zugleich verbesserte Kontakt-

möglichkeiten. Auf Basis dieser Ergebnisse wurden erste Überarbeitungen vorgenommen. Außerdem wurden die Navigation und Gestaltung der Seite, die teilweise älter als fünf Jahre waren, überarbeitet und den Vorschlägen angepasst.

Der auf dieser Basis entwickelte Prototyp wurde, in Zusammenarbeit mit McCann Erickson und der Agentur „Eye-Square“, in Fokus-Gruppen auf seine Nutzerfreundlichkeit hin getestet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden wieder-

um zur Überarbeitung der Seiten genutzt. In einer letzten internen Runde wurden dann CDU-Webmaster der Verbände vor Ort nach Hinweisen und Verbesserungsvorschlägen befragt.

„Auch mit dem heutigen Relaunch ist die Anpassung an die Bedürfnisse und Wünsche der Nutzer keinesfalls abgeschlossen“, kündigte Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden bei der Vorstellung der neuen Internetseiten an. Die Besucher der Seiten seien weiterhin aufgerufen, Wünsche zu äußern und Verbesserungsvorschläge zu benennen. Damit wolle die CDU als erste Partei in Deutschland einen vollständig auf die Nutzerwünsche zugeschnittenen Internet-Auftritt realisieren und ihren Vorsprung im politischen Online-Wettbewerb weiter ausbauen.

Weniger für die Besucher der Seiten, als für die Online-Redakteure im Adenauer Haus wichtig, ist eine wesentliche technische Neuerung: Während die fast 10.000 HTML-Seiten des CDU-Online-Angebotes bisher von Hand gepflegt wurden, wird nun das Content Management System „Red Dot“ genutzt. Die Online-Redakteure haben nun unmittelbaren Zugriff auf das Sy-

stem und können Texte direkt einstellen. Der Nutzer wird sich freuen: Informationen können jetzt noch schneller bereitgestellt werden. Auf Basis einer zusätzlichen Datenbank sei nun auch eine detaillierte und zielgenaue

Suche im Archiv der Seite möglich, erklärte der Leiter des Online Teams im Konrad-Adenauer-Haus. Alle Texte würden ab jetzt nach Autor, Textart und politischen Themen verschlagwortet und ließen sich leichter finden als bei einer reinen „Volltextsuche“.

Auch die Navigation der Seite ist deutlich verbessert worden. Für Besucher ist es ab heute wesentlich einfacher, Inhalte und Angebote der CDU zu finden. Während früher 15 Navigations-Punkte verwendet wurden, kommt der neue Auftritt mit weniger als der Hälfte aus. Ein wichtiger Punkt ist auch das Service-Angebot. Dieses wurde ausgebaut und in den Mittelpunkt der Präsentation gerückt. Neben einem verbesserten Forum sind der direkte Link in das interne Mitgliedernetz und das CI-Portal nur als zwei weitere Beispiele zu nennen. Besu-



Bundesgeschäftsführer Johannes von Thadden bei der Präsentation des neuen Internetauftritts

cher können außerdem spezifische Newsletter bestellen, in denen sie sich über ausgewählte politische Themen informieren können.

Der neue Webauftritt wurde auch mit Blickrichtung auf die „Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz entwickelt. Die darin enthaltenen Anforderungen der Prioritäts-Stufen I und II sind weitgehend umgesetzt. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Internetauftritts werden die noch fehlenden Anforderungen nach und nach erfüllt.

„Mit diesem Relaunch zeigt die CDU nach der sehr erfolgreichen Online-Kampagne 2002 erneut, dass sie im Internet die führende Partei ist,“ erklärte Johannes von Thadden. Dies bestätigten die stetig wachsenden Zugriffszahlen von monatlich über 4 Mio. pageviews.

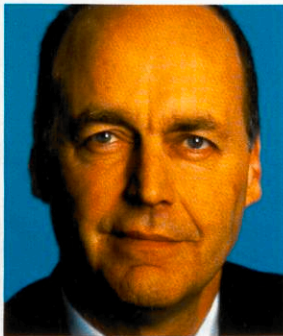


# Ideologie statt Problemlösung

**Franz Müntefering geht es bei seiner Ausbildungsplatzabgabe nicht um junge Menschen zu Beginn ihres Berufslebens.**

Der neue SPD-Vorsitzende braucht vielmehr ein Prestigeprojekt, um die Linke in seiner Partei zu befriedigen. Die Lage der Auszubildenden ist ihm dabei nur ein Vorwand, die Lage der Unternehmen offensichtlich egal. Münteferings Motto heißt: Ideologie statt Problemlösung.

Die Ausbildungsplatzabgabe führt zu mehr Bürokratie, zur Aushöhlung des bewährten dualen Systems und zum Einstieg in die Verstaatlichung der Berufsausbil-



Generalsekretär Laurenz Meyer

dung. Das SPD-Vorhaben schafft nur neue Belastungen insbesondere für Mittelständler, die unter der Politik von Rot-Grün schon genug zu leiden haben. Es ist ökonomischer Unfug, mit immer neuen Steuern und Abgaben Unternehmen zu

mehr Ausbildungsplätzen bewegen zu wollen.

Die Politik dieser Bundesregierung führt dazu, dass jede Viertelstunde ein Unternehmen in Deutschland dicht machen muss – mit der schlimmen Folge, dass auch Ausbildungsplätze wegfallen. Statt mit symbolischer Politik die SPD-Linke zu befriedigen, sollten die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien endlich auf eine Politik für mehr Wachstum setzen. Das wäre der wirksamste Weg zu mehr Ausbildungsplätzen. Die Pläne für die Ausbildungsplatzabgabe gehören jedenfalls schleunigst in die Mülltonne.

## HINTERGRUND: AUSBILDUNGSPLATZABGABE

**Welche Entwicklungen sind zu erwarten, wenn eine Ausbildungsplatzabgabe eingeführt wird?**

- Die Unternehmen werden durch erhöhte Lohnnebenkosten noch stärker als bisher belastet.
- Ein „Überwachungsapparat“ muss geschaffen werden: Jedes Jahr müssen alle Betriebe in Deutschland kontrolliert und überprüft werden. Ca. 1000 Mitarbeiter werden für die Verwaltung benötigt.
- Mehr als 4 Mrd. Euro müs-

sen umverteilt werden.

- Die direkte Verantwortung einzelner Betriebe in der Wirtschaft für einen bedarfsgerecht qualifizierten Nachwuchs wird auf staatlich geregelte Institutionen verschoben.
- Eine „Sondersteuer Ost“ wird durch die „Hintertür“ eingeführt: Gerade in den neuen Bundesländern mit ihrem erheblichen wirtschaftlichen Nachholbedarf fehlen die meisten Ausbildungsplätze.

- Sie ist nicht in der Lage konjunkturunabhängige zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.
- Das Problem zukunftsgerichteter und treffsicherer Investitionen in die „richtigen“ Wirtschaftsbereiche kann weiterhin nicht angegangen werden.
- die Gefahr würde bestehen, dass sich viele Betriebe lieber freikaufen, als den Aufwand der notwendigen persönlichen Entwicklung junger Menschen mit zu gestalten.

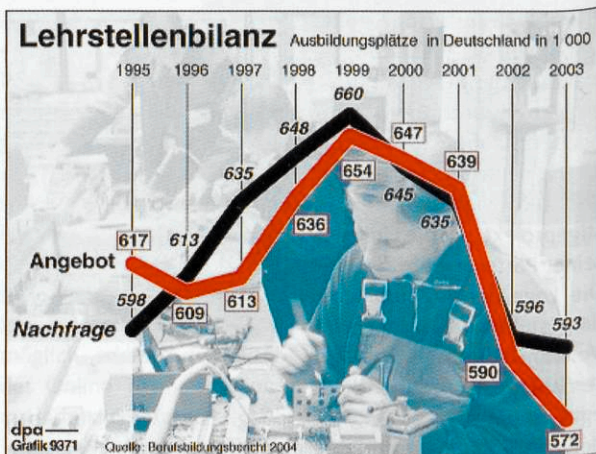
## Zoff in der SPD

Während der SPD-Parteivorstand an der Ausbildungsplatzabgabe festhält regt sich nicht nur in der Wirtschaft und beim politischen Gegner Widerstand. Auch in der eigenen Partei werden die Stimmen gegen die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe lauter. In vorderster Front kämpfen die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Peer Steinbrück, Kurt Beck und Heide Simonis gegen die ideologische Verblendung und für eine wirtschaftspolitische Vernunft.

„Bürokratisch, schrecklich bürokratisch. Sie trifft beispielsweise Unternehmen, die auch nicht ausbilden können.“ Heide Simonis, SPD, schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin, SAT.1, 19. April 2004.

„Wahnsinnsbürokratiemechanismus.“ Peer Steinbrück, SPD, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, Die Welt, 20. April 2004.

„Die Ausbildungsplatzumlage ist der falsche Weg. [...] Das führt nicht dazu, dass mehr Lehrstellen angeboten werden, das könnte sogar den genau gegenteiligen Effekt ha-



ben, denn die Ausbildungsplatzabgabe muss finanziert werden von Unternehmen. Diese Finanzierung wird letztlich dazu führen, dass weniger Stellen bereitgestellt werden.“ Wolfgang Wiegard, SPD, Vorsitzender des Rates der „Wirtschaftsweisen“, Deutschlandfunk, 20. April 2004.

„Ich sehe nicht ein, warum im Land Nordrhein-Westfalen eine Umlage erhoben werden soll – möglicherweise bei einem Betrieb im nördlichen Ruhrgebiet, der kurz vor der Insolvenz steht -, um mit diesem Geld entlang der Oder einen Ausbildungsplatz zu finanzieren. Das ist eine neue Art eines Ost-West-Transfers, die ich nach den bisherigen Verhandlungen nicht für er-

forderlich sehe.“ Peer Steinbrück, SPD, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ZDF, 19. April 2004.

„Es wird durch die Umlage keinen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz geben. Freiwilliges Engagement kommt sofort zum Erliegen und es ist der erste Schritt in den Einstieg, dass auch der Staat für die Berufsausbildung die Verantwortung übernimmt.“ Harald Schartau, SPD-Vorsitzender sowie Wirtschafts- und Arbeitsminister von NRW, ZDF, 18.04.2004.

„Murkslösung.“ Hubert Ulrich, mittelstandspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, Der Tagesspiegel, 14. April 2004.



## Pressestimmen

Es ist keine gute Idee, die ohnehin nicht allzu stark ausgeprägte Unternehmens-Lust durch Vorschriften minderer Qualität und Sachdienlichkeit weiter einzudämmen. Es ist keine gute Idee, durch Monate-, ja jahrelang geführte Popanz-Debatten so zu tun, als täte man etwas. Das einzige, was den jungen Menschen in diesem Land zu besserer Perspektive verhelfen kann, ist Wirtschaftswachstum gepaart mit höherer Bildungsqualität. Daran zu arbeiten wäre nützlich. Eine Ausbildungsplatzabgabe schadet.

Lübecker Nachrichten

Kein Zweifel: Bei der ersten innerparteilichen Bewährungsprobe zeigen einige an der SPD-Spitze – unter ihnen gewiss auch der Wirtschaftsminister – dem Parteichef seine Grenzen auf.

General-Anzeiger

Viele Schulabgänger sind den einfachsten Anforderungen eines Betriebes nicht gewachsen. Sie haben Defizite im Rechnen, Schreiben, im Lesen, im abstrakten Denken. Dass viele Betriebe ja ausbilden würden, aber keine geeigneten Bewerber finden, igno-

rieren die linken Theoretiker gern. Die Ausbildungsabgabe bringt diesen Betrieben nicht einen einzigen fleißigen, gebildeten Lehrling mehr.

Frankfurter Neue Presse

Die Bundesregierung hat die Wirtschaft in den vergangenen Jahren immer wieder belastet, anstatt sie zu entlasten. Dazu jetzt auch noch eine Ausbildungsplatzabgabe, die in ihrer Konsequenz zu weniger Lehrstellen führt. Es geht nicht um wirtschaftliche Vernunft, es geht um die Macht des neuen SPD-Chefs.

Leipziger Volkszeitung.

Der parteiinterne Streit hat ein Stadium erreicht, in dem substanzielle Einwände scheinbar keine Rolle mehr spielen. Stattdessen rückt das Wohl und Wehe des Parteivorsitzenden immer stärker in den Mittelpunkt. Und spätestens an dieser Stelle geht es nicht mehr um die Sache, sondern ums Prinzip.

Lausitzer Rundschau

Mit der Abgabe will Müntefering die Unternehmen zwingen, wieder mehr auszubilden. Falls nicht? Ja, falls nicht, greift eine gigantische Bürokratie-

maschine, die vermutlich keinen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz bringen wird.

Rhein-Neckar-Zeitung

Hinzu kommt der unverhältnismäßig hohe bürokratische Aufwand. Insgesamt müssen mehr als drei Milliarden Euro umverteilt werden. Der dazu notwendige Apparat wird den Staatshaushalt dauerhaft belasten. Müntefering sollte sich deshalb ein Herz fassen und die Ausbildungsabgabe wieder in der sozialdemokratischen Mottenkiste versenken. Es wäre das Beste für die Wirtschaft, die jungen Berufsstarter und für das ganze Land.

Freie Presse

Die Ausbildungsumlage ist als Beruhigungsspiel an die Parteilinke und den Gewerkschaftsflügel für die Einschnitte bei der Reformagenda 2010 gedacht. Doch im Grunde sind sich die meisten Experten einig, dass eine Lehrstellenabgabe nicht viel bringt.

Sächsische Zeitung

Das rigorose Festhalten von Franz Müntefering an der Ausbildungsplatzabgabe wird immer absurder.

Neue Osnabrücker Zeitung

## Was tun gegen Alcopops?

**Alcopops – die kohlesäurehaltigen Fertigmischgetränke mit Fruchtauszügen, Zucker und klaren Spirituosen wie Wodka oder Rum haben Hochkonjunktur. Weil sie wie Limonade schmecken, interessiert sich insbesondere das jugendliche Publikum, das aus Geschmacksgründen noch Abstand von anderen alkoholischen Getränken nimmt, für die Drinks in den handlichen Flaschen.**

Studien bestätigen den Konsum von Alcopops bei Kindern und Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren. Testkäufe zeigen, dass selbst elfjährige die Getränke kaufen können, obwohl sie erst an Volljährige abgegeben werden dürfen. Daraus folgt für die Politik Handlungsbedarf. Für die noch in der Persönlichkeitsentwicklung stehenden Jugendlichen erhöht der frühe Einstieg in den Alkoholkonsum die Gefahr einer „Suchtkarriere“. Der Vorverlagerung des Einstiegsalters in den Konsum von Alkohol muss daher begegnet werden.

Ob der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf, der eine Sondersteuer von 83 cent pro Flasche vorsieht, mit seiner



Gerlinde Kaupa

unpräzisen Alcopop-Definition dazu geeignet ist, soll eine Anhörung vor dem Finanzausschuß des Bundestages klären.

Aus Sicht der Union ist weniger eine Steuererhöhung, als ein Bündel verschiedener Maßnahmen notwendig. Dazu gehören die strikte Anwendung bestehender Regelungen zum Jugendschutz, Überwachung und Durchsetzung der Vorschriften durch die Ordnungsämter, Schulungsmaßnahmen für das Verkaufspersonal hinsichtlich der Gefahren des Alkoholkonsums bei Kindern, deutlicher Hinweis auf das Verkaufsverbot an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren auf den Produkten selbst und eine Kennzeichnungspflicht für den Alkoholgehalt und aller Inhaltsstoffe. Ferner ist die Bundes-

regierung aufgefordert, Alkoholpräventionsprogramme in Anlehnung an die erfolgreichen Tabakpräventionsprogramme aufzulegen. Sollten diese Maßnahmen allerdings nicht zum Ziel führen, dann kann die Union – wenn sie das Thema Jugendschutz ernst nimmt – nicht ignorieren, dass die Einführung einer Sondersteuer in Frankreich den Markt für Alcopops erfolgreich zum Erliegen gebracht hat und dass diesem Beispiel andere Länder folgen.

**Gerlinde Kaupa** ist Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

### ALCOPOPS

1993 kam in Australien der erste Alcopop auf dem Markt. In Europa bescheeren die Fertiggetränke der Spirituosenindustrie seit wenigen Jahren beim Absatz traumhafte Steigerungsraten. In einem Alcopop stecken etwa zwei Schnapsgläser purer Alkohol. Zucker, Aromen und Kohlensäure sorgen für Süffigkeit und letztlich vorzeitigen Rausch bei Minderjährigen. Die Gefahr der Wirkung als Einstiegsdroge ist bei Alcopops daher hoch.



## Kennzeichnung schafft mehr Klarheit

**Nun ist es so weit. Seit dem 18. April müssen Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen gekennzeichnet werden. Damit wird sichtbar, was längst Alltag ist: Gentechnik an der Gabel und auf dem Teller. CDU/CSU begrüßen diese Transparenz.**

Schon jetzt wird Gentechnik bei der Lebensmittelproduktion in weitaus größerem Umfang genutzt als weithin bekannt. Nach Expertenschätzungen kommen derzeit 60-70% aller Lebensmittel bei ihrer Herstellung mit Gentechnik in Berührung. Bei manchen Vorprodukten wie Aminosäuren in der Tierfütterung oder Verarbeitungsvorgängen wie der Fermentation des Käselabs ist Gentechnologie inzwischen üblich. Diese breite Anwendung der Gentechnik in der Nahrungsmittelproduktion wird aber auch jetzt nur zum Teil sichtbar. Die Kennzeichnung trägt jedoch zu einer sachlichen Aufklärung der Verbraucher bei.

Eine Kennzeichnung hat aber nichts mit Sicherheitsmängeln zu tun. Im Gegenteil, alle gentechnisch veränderten Produkte werden nach einem aufwendigen Prüfverfahren nur dann zu-



Helmut Heiderich

gelassen, wenn sie gesundheitlich absolut unbedenklich sind. Dies hat auch Bundesministerin Künast mittlerweile eingeräumt. Die Kennzeichnung dient somit ausschließlich der Information des Verbrauchers.

Die Regelungen zeigen allerdings einige Widersprüche. Die Kennzeichnung basiert nämlich nicht auf der Nachweisbarkeit im Endprodukt, sondern orientiert sich am Produktionsweg. Dies bedeutet, dass Enzyme aus gentechnischer Produktion, wie z.B. Chymosin für die Käseherstellung, nicht gekennzeichnet werden müssen. Dagegen unterliegen Öle oder Zucker, die als Endprodukte gentechnikfrei sind, der Kennzeichnungspflicht. Solche Regelungen bedeuten Verwirrung pur statt Orientierung für die Verbraucher.

Für die Zukunft geht es u.a. um bedarfsgerechte und ernährungsphysiologisch verbesserte Nahrungsmittel. Dies ist auch für uns in Deutschland von großem Interesse. Beispiele wie Pflanzenöle mit veränderter Fettsäurezusammensetzung, Kartoffeln mit erhöhtem Ballaststoffgehalt oder ausgeschaltete Allergene bei Sojabohnen, Getreide und Nüssen werden für viele Menschen Bedeutung bei ihrer gesunden Ernährung erlangen.

Zudem werden Pflanzen als Industrie-, Pharma- und Energierohstoffe neue Bedeutung gewinnen, wofür gerade die Gentechnologie große Chancen eröffnen kann.

Darum wollen wir, dass Forschung, Entwicklung und Anbau auch in Deutschland möglich bleiben. Den Kennzeichnungsregelungen müssen also weitere Schritte folgen. Dazu gehören die Aufhebung des Moratoriums, ein großflächiger Erprobungsanbau und praktikable Regelungen zur Koexistenz. Nur so kann ein positives Signal für Deutschland im Jahr der Innovation gesetzt werden.

**Helmut Heiderich** ist Beauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bio- und Gentechnologie.

# Beschäftigungsreserven besser nutzen

**Statistiken der OECD zeichnen ein deutliches Bild: Das Wirtschaftswachstum in den OECD-Volkswirtschaften verliert seit drei Jahrzehnte mehr und mehr an Dynamik.**

Interessant ein Vergleich: Während sich in den USA die reale BIP-Wachstumsrate im Schnitt der drei vergangenen Jahrzehnte bei jeweils 3,2% pro Jahr hielt, sank sie in Europa (EU-15) von 3,0 auf 2,0, in Japan von 4,4% auf nur noch 1,3% ab.

Das „3-2-1“-Problem divergierender Wachstumsraten unter den OECD Ländern (USA 3%; EU 2%; JAP 1%) hat die OECD veranlasst, der Frage nachzugehen, welche Faktoren Wirtschaftswachstum maßgeblich beeinflussen und auf welche strukturelle Ursachen Wachstumsunterschiede zurückzuführen sind. Die Ergebnisse sind u.a. in der OECD-Studie: „Die Quellen des Wachstums“ (2003) zusammenfassend dargestellt worden.

Eines der hervorstechendsten Phänomene ist dabei die im US-EU-Vergleich deutlich geringere Ausschöpfung der potentiell verfügbaren Arbeitskräftereserven in Europa. Ausschlaggebend ist sowohl eine, zum Teil altersbedingt, niedrigere Beschäf-

tigungsquote, als auch ein je Beschäftigten niedrigerer Arbeitszeiteinsatz.

Im internationalen Vergleich liegen in Deutschland grössere Arbeitskräftereserven durch die Inaktivität wichtiger Personengruppen, denen der Zugang zu Beschäftigung derzeit übermässig erschwert oder gar verwehrt bleibt, ungenutzt brach. Die OECD schätzt, dass in Deutschland die Beschäftigungsquote – der Anteil der Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölke-

rung im Alter von 15-64 Jahren –, die derzeit bei rund 65% liegt, um 10-12% höher sein könnte, wenn insbesondere Frauen und über 55-jährige mehr und bessere Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit offen ständen.

Während in den USA und Japan rund 60% der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren tatsächlich erwerbstätig sind, in der Schweiz, in Schweden und Norwegen sogar 65% und mehr, sind es in Deutschland weniger als 40%.

## SENIOREN UNION: BESCHÄFTIGUNGSQUOTE ÄLTERER ERHÖHEN

Die Senioren Union hat sich erneut mit Nachdruck für eine Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer ausgesprochen. „Es ist ein Unding, dass heute in Deutschland nur noch 38 Prozent der über 55-jährigen berufstätig sind“, erklärte der SU-Bundesvorsitzende Otto Wulff. „Deutschland liegt damit im Vergleich der Industriestaaten an letzter Stelle.“ Wulff begrüßte deshalb den jüngsten Vorstoß des CDU-Sozialexperten Andreas Storm, MdB, die Erwerbsquote Älterer – verbunden

mit einer Weiterbildungsoffensive – deutlich zu erhöhen. Wulff appellierte an die Wirtschaft, den demographischen Wandel in ihre Zukunftsplanung mit einzubeziehen. „In wenigen Jahren werden wir einen ausgesprochenen Mangel an Facharbeitern und Ingenieuren haben. Es ist unsinnig, heute jemanden mit 54 auf die Strasse zu setzen, den ich spätestens in fünf Jahren wieder brauche, weil der qualifizierte Nachwuchs fehlt.“ Die gegenwärtige Praxis jedenfalls sei „betriebs- wie volkswirtschaftlich irrsinnig“.



## Riesenlöcher in der Rentenkasse

### Erklärung zu aktuellen Meldungen über den Einnahmerrückgang der gesetzlichen Rentenversicherung:

Die Rentenkasse steuert unaufhaltsam auf ein neuerliches Defizit in Milliardenhöhe zu. Statt dem von Bundessozialministerin Ulla Schmidt eingeplanten Einnahmenplus von 0,8 % musste die Rentenversicherung im ersten Vierteljahr 2004 ein Minus von mehr als 0,7 % verzeichnen. Den Rentenkassen droht damit in diesem Jahr ein zusätzliches Finanzloch von 3 Mrd. Euro.

Schuld an dieser finanziellen Misere ist die verfehlte Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Weil der Aufschwung weiter auf sich warten lässt und die Arbeitslosigkeit auf einem Rekordniveau verharrt, fehlen den Sozialkassen Einnahmen in Milliardenhöhe. Damit wird es auch in der Kranken- und Pflegeversicherung immer schwieriger, die angestrebten Beitragsziele zu erreichen. Um die Verluste des ersten Vierteljahres noch auszugleichen, wäre ein sofortiger und sehr kräftiger Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt nötig. Dies erweist sich bei dieser Bundes-



Andreas Storm

regierung einmal mehr als blanke Illusion.

Es zeigt sich jetzt, dass der wiederholte Griff der Bundesregierung in die Rücklagen der Rentenversicherung völlig unverantwortlich war. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der Bundesfinanzminister im Herbst erstmals seit Bestehen der Rentenversicherung Kredite aufnehmen müssen, damit die Renten pünktlich gezahlt werden können.

Nur wenige Tage nach der Verabschiedung des Renten-Nachhaltigkeitsgesetzes der Bundesregierung zeichnen sich neue Notmaßnahmen am rot-grünen Horizont ab. Die Verantwortung für diesen massiven Vertrauensverlust in die Verlässlichkeit und Solidität der Rente trägt alleine die Bundessozialministerin.,

**Andreas Storm** ist sozialpolitischer Fraktionssprecher.

## Deutsche Europapolitik gelähmt

### Stellungnahme zur Uneinigkeit zwischen Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer über die künftige Ausrichtung der deutschen Europapolitik:

Der Streit zwischen Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer über den künftigen europapolitischen Kurs der Bundesregierung lähmt die deutsche Europapolitik. Während sich Außenminister Fischer von den Kerneuropa-Überlegungen seiner Humboldt-Rede verabschiedet hat, setzt der Bundeskanzler auf eine engere Zusammenarbeit einzelner EU-Mitgliedstaaten innerhalb der erweiterten EU. Mit seinem europapolitischen Schwenk von Kerneuropa zu Großeuropa erweist sich Fischer als Meister der Planungslosigkeit. Was die europäische Integration gestern noch voranbringen sollte, verspottet er heute als kleineuropäisches Denken.

Durch den Richtungsstreit droht Deutschland seine wichtige Rolle als Mittler innerhalb der Europäischen Union zu verlieren. Eine klare europapolitische Linie dieser Bundesregierung ist



Peter Hintze

nicht mehr erkennbar. Es steht zu befürchten, dass die europapolitische Konfusion zwischen Kanzler und Außenminister auf die Verhandlungen über die EU-Verfassung durchschlägt.

Hinter dem Richtungsstreit steht die ungeklärte Frage über die Europazuständigkeit innerhalb der Bundesregierung. In ihm klingt die Erklärung des Bundeskanzlers vor der Bundestagswahl nach, er wolle die Europa-Zuständigkeit im Kanzleramt bündeln. Nach der Wahl wurde diese Idee durch Fischer wieder begraben. Im Ergebnis ist nicht mehr erkennbar, wer für die Koordinierung der deutschen Europapolitik verantwortlich ist. Einen einsamen Höhepunkt erreichte die Konfusion zwischen Kanzleramt und Außenministerium, als sie sich in der Debatte im Bundestag zum jüngsten Europäischen Gipfel lediglich

auf den von den Beratungen ausgeschlossenen Staatsminister Bury einigen konnten.

Ich fordere den Bundeskanzler auf, endlich für Klarheit in der innerstaatlichen Zuständigkeitsverteilung zu sorgen.

**Peter Hintze** ist europapolitischer Fraktionssprecher.



## EU-Erweiterung aktiv gestalten

### Erklärung zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Die EU-Erweiterung als Chance und Aufgabe“:

Der EU-Erweiterung schenkt die Bundesregierung zu wenig Aufmerksamkeit. Die mitteleuropäischen Beitrittsstaaten sind mit ihren niedrigen Löhnen und grundlegend reformierten Steuersystemen schon längst eine sehr ernstzunehmende Konkurrenz im Wettbewerb um Arbeitsplätze. Nach dem 1. Mai wird sich der innereuropäische Standortwettbewerb noch weiter verschärfen.

Die derzeitige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung ignoriert diese Herausforderung. Wir brauchen neben niedrigeren Steuern und Abgaben, weniger bürokratische Vorschriften, ein flexibleres Tarifrecht

mit größeren Spielräumen für die Betriebe vor Ort und eine Deregulierung des Arbeitsmarktes, um gegen die Konkurrenz bestehen zu können. Die Ausbildungsplatzabgabe baut hingegen weitere Hürden auf.

Die Auswirkungen der EU-Erweiterung treffen die Grenzregionen besonders. Die Mehrzahl dieser Gebiete an der 1.327 Kilometer langen Grenze, in denen 9,5 Prozent der deutschen Bevölkerung (7,76 Millionen Einwohner) leben, sind strukturschwache Regionen, die nicht ausreichend vorbereitet sind. Der durch den Zweiten Weltkrieg zerstörte mitteleuropäische Wirtschaftsraum muss wieder hergestellt werden. Dazu ist eine grenzüberschreitende Infrastruktur notwendig. Wie naiv die Regierung mit diesem Thema umgeht, zeigt zum Beispiel die Europäische Wachstumsinitiative, für die die Bundesregierung kein einziges Projekt gen Osten angemeldet hat.

Entlang der brandenburgisch-polnischen Grenze gab es bis 1945 noch 22 Brücken, während es heute lediglich zehn sind. In Sachsen sind zwischen Zittau und Bad Muskau von ursprünglich 37 nur neun Brücken übrig geblieben. Die Folge sind kilometerlange Staus, die es re-





Michael Stübgen



Michael Kretschmer

profitieren will, muss die Bundesregierung endlich mehr Engagement zeigen. Es reicht nicht, einen schönen Werbespot zu drehen. Die Euphorie über das

gionalen Unternehmen oft unmöglich machen, rentabel über die Grenze hinweg zu kooperieren. Wir brauchen mehr Grenzübergänge, vorhandene PKW-Übergänge müssen schnell für den regionalen Wirtschaftsverkehr geöffnet werden.

Außerdem sollen die Voraussetzungen für die grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessert werden. Gegenseitige Anerkennungsabkommen wie mit Frankreich und Österreich müssen endlich auch mit Polen und der Tschechischen Republik auf den Weg gebracht werden. Arbeitsplatzverlagerungen sollte unter anderem mit gemeinsamen Bemühungen im Bereich von Forschung und Entwicklung entgegengetreten werden. Grenzüberschreitende Innovationsräume können entstehen, wenn Deutschland seine Programme auch für Partner in den Nachbarstaaten öffnet.

Wenn Deutschland von der Erweiterung dauerhaft

„Hoch Europa“, wie es die EU-Werbung der Bundesregierung zeigt, wird schnell verfliegen sein, wenn sich herausstellt, dass Deutschland für die Herausforderungen des Beitritts weder administrativ noch arbeitsmarktpolitisch ausreichend gewappnet ist.

**Michael Stübgen** ist Obmann im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union, **Michael Kretschmer** ist der zuständige Berichterstatter.



## Hartz IV – schlimmste Befürchtungen übertrifft

**Erklärung zu den aktuell vom Deutschen Städtetag vorgetragenen Mehrbelastungen der kommunalen Haushalte durch Hartz IV und den lapidaren Willensbekundungen von Bundeskanzler Schröder:**

Dass die von der Bundesregierung im Vermittlungsausschuss als Rechenbasis



Peter Götz

vorgelegten Zahlen falsch waren, ist seit längerer Zeit bekannt. Vor allem die Unterkunfts- und Heizungskosten für die neuen Arbeitslosengeld-II-Empfänger fallen viel höher aus als angenommen.

Aktuelle Erhebungen aus mehreren Bundesländern bestätigen nunmehr eine Modellrechnung des Städtetages, die alle Befürchtungen übertrifft. Demnach muss bundesweit von einer Belastung der Kommunen von fast fünf Milliarden Euro ausgegangen werden. Angesichts der leeren Kommunalkassen sind die Folgen schlichtweg undenkbar. Völlig zu Recht drohen daher die Kommunen mit einer Verfassungsklage.

Die Union weist auf diesen Sachverhalt nachdrücklich hin und fordert die Bundesregierung dazu auf, endlich konkrete Nachbesserungsvorschläge auf der Ba-



Peter Paziorek

sis verlässlicher Zahlen vorzulegen. Die populären Willensbekundungen des Bundeskanzlers reichen angesichts des knappen Zeitfensters nicht mehr aus.

Offensichtlich ist die Bundesregierung aber handlungsunfähig und verspielt den Rest ihrer Glaubwürdigkeit. Leidtragende sind die verunsicherten Kommunen und ihre Bürger. Viele Auf-

#### SERVICETIPP

##### ■ Schlechte Rat ist teuer

Über eine Milliarde Euro hat die Koalition seit der Regierungsübernahme 1998 für mehr als 2000 externe Beratungsleistungen ausgegeben. Eine Analyse der Bundestagsfraktion über das Vergabegebarden der Bundesregierung finden Sie unter <http://www.cdcsu.de/upload/beratung040402.pdf>

gaben der kommunalen Daseinsvorsorge können nicht mehr wahrgenommen werden, wenn das Versprechen einer nachhaltigen Entlastung nicht erfolgt.

**Peter Götz** ist der kommunalpolitische Fraktionsprecher.

### EU bestätigt Dosenpfand-Bedenken der Union

#### Erklärung zur Entscheidung der Europäischen Kommission zum Dosenpfand.

Die Europäische Kommission hat mit ihrer Entscheidung, Deutschland eine Frist von 2 Monaten zu geben, das Dosenpfand neu zu regeln, die mehrfach von der Union geäußerten europarechtlichen Bedenken bestätigt.

Die Entscheidung der Kommission sollte als Chance für einen Neuanfang genutzt werden.

Der Bundesumweltminister wird aufgefordert, gemeinsam mit der Union im Bundestag und Bundesrat eine für den Verbraucher verträgliche und praktikable Lösung zu entwickeln, ohne dabei die umweltpolitischen Ziele aufzugeben.

**Peter Paziorek** ist der umweltpolitische Fraktionsprecher.

### Hat Clement im Kabinett nichts mehr zu sagen?

#### Stellungnahme zu den von Wirtschaftsminister Clement ins Bundeskabinett eingebrachten Vorschlägen zum Bürokratieabbau.

Trotz langjähriger Planung fehlt der Bundesregierung immer noch das Gesamtkonzept zum Bürokratieabbau. Aus rund tausend Empfehlungen von Unternehmen, Verbänden und IHKS hat Wolfgang Clement nun 35 Einzelmaßnahmen zusammengestellt, die sich im Prüfstand befinden, aber noch keine Gesetze darstellen. Traut sich der Minister nicht mehr, dem Kabinett fertige Gesetzesentwürfe vorzulegen? Hat er nichts mehr zu sagen? Oder rechnet er bereits schon im Vorhinein damit, dass er wieder ausgebremst wird?

Wolfgang Clement erhofft sich mit seiner neusten Ankündigung den großen Wurf, und zwar nicht nur in den drei so genannten Innovationsregionen, Bremen, Ostwestfalen-Lippe und West-Mecklenburg, sondern bundesweit. Systematischer Bürokratieabbau, der einen roten Faden erkennen lässt, ist dies wahrlich nicht: Die Zahl aller seit



November 2002 genannten Einzelmaßnahmen beläuft sich mittlerweile auf 103. Per Gesetz umgesetzt sind bislang 9 Maßnahmen. Das sind weniger als 10 %, was Wolfgang Clement bislang zu bieten hat. Nicht zu vergessen ist zudem die stetig wachsende Zahl neuer Gesetze und Verordnungen. Die Ausbildungsplatzabgabe, die der Minister unbedingt verhindern muss, ist das jüngste Beispiel an Bürokratismus pur. Von Bürokratieabbau also keine Spur!

Im Vordergrund muss jetzt materielle Entbürokratisierung stehen. In diesem Sinne ist auch der Antrag der CDU/CSU-Bundestags-



Michael Fuchs

fraktion verfasst, „Freiheit wagen-Bürokratie abbauen“. Der Wirtschaft hilft nur grundlegende Deregulierung im Arbeits- und Tarifrecht. Das Sozial- und das Steuerrecht müssen endlich angepackt und vereinfacht werden. Und gleichzeitig muss der Ruf nach

der regelnden Hand des Staates leiser werden. Bürokratieabbau bedeutet auch Risikoübernahme und Eigenverantwortung. Zudem brauchen wir einen Wettbewerb, in dem Länder und Gemeinden mit den besten regionalen Lösungen aufwarten.

Doch hierfür bietet Clements Initiative keinerlei Ansätze. Eine weitere Ankündigung und Aufblähung des Flickenteppichs rot-grüner Scheinentbürokratisierung ist für Deutschland das falsche Signal. Ein 10%-Minister hilft uns hierzulande nicht weiter.

**Michael Fuchs** ist Vorsitzende der Fraktions-AG Bürokratieabbau.

## RCDS LÄDT ZUM UNI-SCHNUPPERTAG EIN

**Eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegebene Studie belegt eine steigende Zahl arbeitsloser Hochschulabsolventen.**

Zudem wird eine erschreckend hohe Abbrecherquote ausgewiesen – bei Magisterstudiengängen lag sie 2001 bei mehr als 40%. Hochschulabsolventen wissen in der Regel nicht, was sie auf dem Arbeitsmarkt erwartet – auch das ein Ergebnis der Studie.

„Die schwarzen Löcher der Akademikerlaufbahn müssen endlich gestopft werden“, erklärt Dorlies Last, Bundesvorsitzende des Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Ebenso wenig, wie Absolventen Hilfestellungen beim Übergang in den Arbeitsmarkt geboten werden, werden Abiturienten auf den vor ihnen liegenden Studientag vorbereitet. Den Schnittstellen Schule/Universität und Universität/Arbeitsmarkt muss er-

höhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mittels gezielter und umfassender Studien- bzw. Berufsberatungsangebote können die Beratungslücken an den Schnittstellen geschlossen werden. Einen ersten Schritt in diese Richtung geht der RCDS mit seiner Kampagne „Hochschul Schnuppertag“. Deutschlandweit lädt der größte politische Studentenverband am 19. Mai Gymnasiasten ein, für einen Tag Hörsaalluft zu schnuppern.







**Papierfähnchen  
„CDU und Deutschland“**

Bestell-Nummer: **9426**  
Preis je 1.000 Stück: **53,00 €**  
inkl. MwSt.: 61,48 €



**Einkaufswagenchip**

Bestell-Nummer: **9070**  
Preis je 100 Stück: **25,00 €**  
inkl. MwSt.: 29,00 €



**CDU-Luftballon in Orange**

Bestell-Nummer: **9304**  
Preis je 500 Stück: **30,00 €**  
inkl. MwSt.: 34,80 €



**Europa-Luftballon**

Bestell-Nummer: **9561**  
Preis je 500 Stück: **30,00 €**  
inkl. MwSt.: 34,80 €



**Luftballon „Smilie“**

Bestell-Nummer: **9874**  
Preis je 100 Stück: **11,00 €**  
inkl. MwSt.: 12,76 €



**Seifenblasenspender**

36 in einer Box

Bestell-Nummer: **9892**  
Preis je Box: **11,00 €**  
inkl. MwSt.: 12,76 €



### Wasserball

Bestell-Nummer: **9873**  
 Preis je 10 Stück: **13,00 €**  
 inkl. MwSt.: 15,08 €

**RESTPOSTEN!**

### Reflektorenarmband für Hand- und Fußgelenk

Bei Sport und Spiel ein nützlicher Begleiter für die Straße

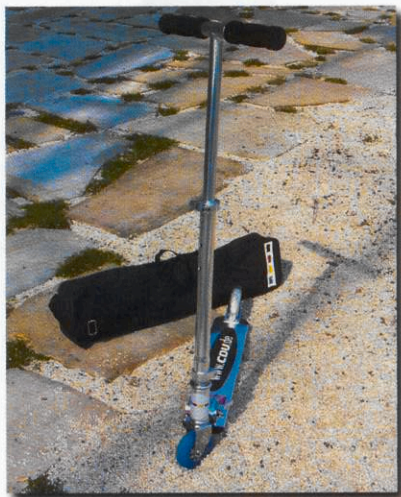
Bestell-Nummer: **9740**  
 Preis je 12 Stück: **12,00 €**  
 inkl. MwSt.: 13,92 €



### Kleiner Ball – in 2 versch. Farben – schon aufgepumpt –

Er ist wie ein kleiner Fußball, jedoch kleiner und handlicher. Der ideale Spielball nicht nur für Kinder.

Bestell-Nummer: **9824**  
 Preis je 2 Bälle: **12,00 €**  
 inkl. MwSt.: 13,92 €



### CDU-Scooter inkl. Rucksack

Bestell-Nummer: **9673**  
 Preis je 1 Stück: **12,92 €**  
 inkl. MwSt.: 14,99 €

**RESTPOSTEN!**





### T-Shirt „CDU“

Größe L: Bestell-Nummer: **9836**

Größe XXL: Bestell-Nummer: **9838**

Preis 1 T-Shirt: **5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €

### Baseball-Cap „CDU“

100% BW, dunkelblau, auf Kopfgröße einstellbar,  
Schirm individuell formbar.



Bestell-Nummer: **9839**

Preis je 10 Stück: **27,00 €**

inkl. MwSt.: 31,32 €

### Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff  
dunkelblau: 65% Polyester, 35% Baum-  
wolle. Ausstattung: Vorder und Taschen-  
reißverschluss, Bündchenregulierung  
durch Zugband, mit Stopper und inte-  
grierter Kapuze.

Größe L: Bestell-Nummer: **9840**

Größe XL: Bestell-Nummer: **9841**

Größe XXL: Bestell-Nummer: **9842**

Preis je Windbreaker: **28,00 €**

inkl. MwSt.: 32,48 €





### Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**  
 Preis je 200 Stück: **22,00 €**  
 inkl. MwSt.: 25,52 €



### CDU-Haftnotizblock

Format 8 x 8 cm

Bestell-Nummer: **9633**  
 Preis je 100 Stück: **45,00 €**  
 inkl. MwSt.: 52,20 €



### Aufkleber „CDU“

Bestell-Nummer: **9891**  
 Preis je 100 Stück: **4,00 €**  
 inkl. MwSt.: 4,64 €

### Europa-Lesezeichen

Bestell-Nummer: **9121**  
 Preis je 100 Stück: **26,00 €**  
 inkl. MwSt.: 30,16 €



Jetzt eingetroffen!



### CDU-Europa-Kochbuch

30 Seiten mit schönen länderspeziellen Kochrezepten aus allen EU-Ländern

Bestell-Nummer: **9120**  
 Preis je 5 Stück: **16,50 €**  
 inkl. MwSt.: 19,14 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
 Bertelsmann-Versandzentrum  
 Postfach 1162, 33759 Vermold  
 Telefax 05241-8041892  
 e-mail:  
 cdu-shop@bertelsmann.de





### Euro-Sammelalbum

12 Euro-Länder/96 Münzen.  
Einfach die einzelnen Münzen in die  
passenden Stanzungen drücken.

Bestell-Nummer: **9021**

Preis je Stück: **8,50 €**

inkl. MwSt.: 9,86 €



### Europa-Pin

Bestell-Nummer: **9119**

Preis je 100 Stück: **22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €



### CDU-Spritztiere

Bestell-Nummer: **9559**

Preis je 30 Stück: **15,00 €**

inkl. MwSt.: 17,40 €



### CDU-Buntstifte

mit intensiver Farbkraft, Bruch-, Wisch- und Wasserfest

Bestell-Nummer: **9250**

Preis je 10 Schachteln: **17,40 €**

inkl. MwSt.: 20,18 €

### Euro-Malbuch

Bestell-Nummer: **9744**

Preis je 25 Stück: **7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



Vorderseite

Rückseite

Union Betriebs GmbH  
 Postfach 1190  
 53348 Rheinbach  
 PVSt, Deutsche Post AG  
 Entgelt bezahlt.



## Leporello „Europa? Aber sicher.“

Bestell-Nummer: **2116**  
 Preis je 100 Stück: **10,75 €**  
 inkl. MwSt.: 11,50 €



## Leporello „Erstwähler“

Bestell-Nummer: **2143**  
 Preis je 100 Stück: **10,75 €**  
 inkl. MwSt.: 11,50 €



## Leporello „Ausbildung in Europa“

Bestell-Nummer: **2144**  
 Preis je 100 Stück: **10,75 €**  
 inkl. MwSt.: 11,50 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
 Bertelsmann-Versandzentrum  
 Postfach 1162, 33759 Versmold  
 Telefax 05241-8041892  
 e-mail:  
 cdu-shop@bertelsmann.de